



David Sassan Müller, lic. iur., Rechtsanwalt  
Juristischer Mitarbeiter der AIHK, Aarau

## Abschottung – Gift für die Exportindustrie

**Am 9. Februar 2014 befindet die Schweiz über die Eidgenössische Volksinitiative «gegen Masseneinwanderung». Die heisse Phase des Abstimmungskampfes wurde mit dem Jahreswechsel eingeleitet. Allen voran kämpfen die Wirtschaftsverbände im Interesse ihrer Mitgliedunternehmen gegen die Initiative. Ein neuer Erklärungsversuch, weshalb sich die Wirtschaft in dieser unter Bürgerlichen umstrittenen Frage eindeutig positioniert.**

Die Plakate von Initianten und Initiativgegnern sind provokativer geworden und projizieren düstere Szenarien. Die Leserbriefe sind aggressiver. Der Initiativtext wird akribisch studiert und teilweise völlig unterschiedlich ausgelegt. Statistiken werden verschieden interpretiert und im Lichte der jeweils eigenen Position dargestellt, während die Darstellung der Gegenseite als falsch bezeichnet wird. Offensichtlich naht der Abstimmungstermin zur «Masseneinwanderungsinitiative». Die Wirtschaftsverbände haben sich klar gegen die als «Abschottungsinitiative» bezeichnete Vorlage positioniert. Warum eigentlich?

### Sogar SVP-Unternehmer gegen Abschottung

Bei manchen mag die Initiative der SVP Sympathien wecken. In verschiedenen Mitteilungsbeiträgen des vergangenen Jahres wurden jedoch gewichtige Argumente aus Sicht der Wirtschaft gegen derartige Sympathien angeführt und der Standpunkt der AIHK dargelegt. Und dieser Standpunkt ist eindeutig: Der AIHK-Vorstand hat einstimmig die NEIN-Parole gefasst – die Aargauer Wirtschaft ist also klar gegen die Abschottungsinitiative! International erfolgreiche AIHK-Mitgliedunternehmen aus der Exportindustrie wie beispielsweise die ABB Schweiz, deren Chef Dr. Remo Lütolf sich anlässlich des AIHK-Podiums Mitte Dezember 2013 in Baden öffentlich gegen die Abschottung und einen Alleingang der Schweiz ausgesprochen hat, sehen dies offensichtlich gleich.

Auf nationaler Ebene zeigt sich ein analoges Bild: An einer Medienkonferenz Ende Dezember gelang es den Initianten bloss eine (einzige) Hand voll Unternehmer zusammen zu kratzen, die sich für die Initiative aussprechen. Namhafte SVP-Unternehmer wie Peter Spuhler und Hansruedi Wandfluh haben sich hingegen öffentlich gegen die Initiative ausgesprochen. Im eigens für diese Abstimmung erstellten «EX-TRABLATT» der SVP, das anfangs 2014 an unzählige Haushalte verteilt wurde, konnten die Initianten gerade mal schlappe sieben Personen aufführen, die sich als Unternehmer für die Initiative einsetzen. Demgegenüber ist das überparteiliche Komitee gegen die Initiative gespickt voll von Unternehmern.

Ob die aktuelle Zuwanderungspolitik der Schweiz mit dem bereits in früheren Mitteilungsbeiträgen beschriebenen System unseren Wohlstand gefördert hat und weiterhin fördern wird, darüber sind sich Initianten und Initiativgegner uneinig.

### Entscheidungsfaktoren aus Sicht der Wirtschaft

Unumstritten ist, dass das Bruttoinlandprodukt (BIP) seit Inkrafttreten der Personenfreizügigkeit gestiegen ist. Aus Sicht der Wirtschaft ist dieses Wirtschaftswachstum natürlich positiv. Umstritten ist hingegen, ob und insbesondere wie stark das BIP pro Kopf seit Einführung der Personenfreizügigkeit gegenüber anderen Staaten real gewachsen ist. Ende letzten Jahres wurde diese Frage in einer medialen Schlacht

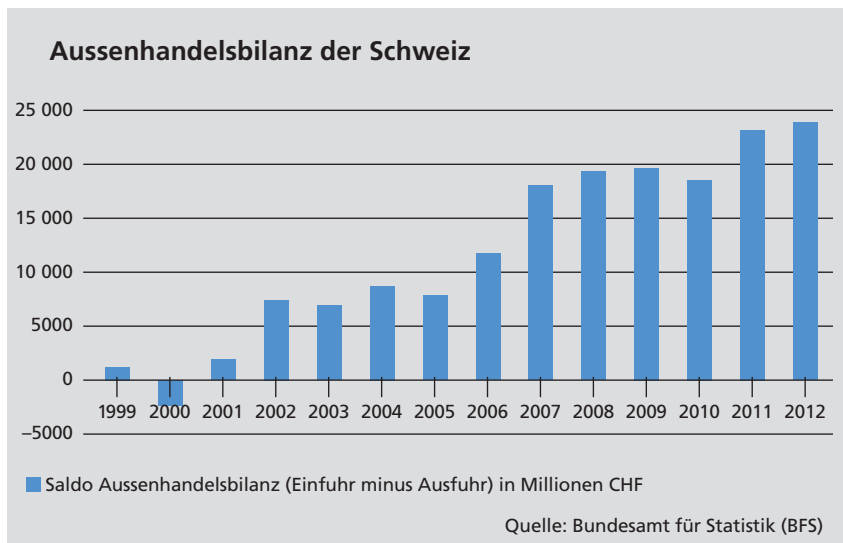
mit eigenwilligen Interpretationen und Darstellungen unterschiedlich beantwortet. Kontrovers diskutiert wurde auch die arbeitsmarktliche Lage, denn ein Arbeitsmarkt mit gut 500 Millionen potentiellen Arbeitskräften ist logischerweise im Interesse der Wirtschaft, birgt jedoch evidentermassen auch Probleme. Ebenso scheiden sich die Geister bei der Frage, ob die Initiative überhaupt Lösungen für die Probleme bietet oder nur zu einem (weiteren) bürokratischen Auswuchs führt. Über all diese Entscheidungsfaktoren wurde schon ausführlich berichtet. Das bereits einleitend genannte Hauptargument der Wirtschaft liegt darin, dass die Initiative den erfolgreichen bilateralen Weg gefährdet und damit zur Abschottung führt. Über die möglichen Folgen bei Annahme der Initiative spekulierten beide Seiten ebenfalls umfassend. Auch diese Standpunkte sollen hier nicht wiederholt werden.

Erstaunlich wenig wurde die Entwicklung des Handelsvolumens angeschaut. Zumal dieser Entscheidungsfaktor für die Schweizer Wirtschaft und besonders für die exportorientierten Aargauer Unternehmen wichtig ist, wird er nachfolgend erörtert.

### Handelsbilanz entwickelte sich positiv

Die Aussenhandelsbilanz der Schweiz zeigt, dass sich deren Saldo von 2002 bis 2012 mehr als verdreifacht hat, wobei die Schweiz als rohstoffarmes Land seither gesamthaft stets einen Handelsüberschuss aufwies. Die Schweiz exportierte also mehr, als sie importierte. 2012 wurden in der Schweiz Waren im Wert von knapp 177 Milliarden Franken eingeführt, während Waren im Wert von gut 200 Milliarden Franken exportiert wurden, womit ein Handelsüberschuss von fast 24 Milliarden Franken resultierte. Die Schweiz gehört damit weltweit zu den Ländern mit den höchsten Anteilen des Aussenhandels am BIP.

Mit der EU hat die Schweiz heute ein tägliches Handelsvolumen von rund einer Milliarde Franken. Dabei spielt der Handel mit Deutschland eine besondere



Rolle, indem allein das Handelsvolumen mit dem Bundesland Baden-Württemberg für die Schweiz ebenso bedeutend ist, wie beispielsweise jenes mit den USA oder Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika zusammen.

Die Initiative steht unbestrittenermassen nicht im Einklang mit dem Freizügigkeitsabkommen, weshalb laut Initiative Neuverhandlungen gefordert werden. Auch wenn sich einzelne EU-Staaten wie Deutschland oder Grossbritannien jüngst skeptisch gegenüber der innereuropäischen Migration äusseren, soll die Personenfreizügigkeit im Grundsatz unangetastet bleiben. Es werden jeweils nur Lösungen gesucht, die im Rahmen der Personenfreizügigkeit als einem der EU-Grundprinzipien vertretbar sind. Neuverhandlungen der Schweiz über fundamentale Aspekte des bestehenden Abkommens führen somit unweigerlich zu einer Verschlechterung der bilateralen Beziehungen und gefährden damit unseren Wohlstandsfaktor Handel. Die Wirtschaft will dieses Risiko offensichtlich nicht eingehen. Stattdessen wäre die Schweiz besser beraten, die bestehenden Normen konsequent innerhalb der juristischen Schranken sowie im Interesse der Schweiz umzusetzen. Tatsächlich wird dies leider oft nicht gemacht, was den Initianten bewusst sein dürfte. Weshalb dann ausgerechnet die Verwaltung mittels Kontingenten die Zuwanderung steuern soll, bleibt aus Sicht der Wirtschaft ein unbeantwortetes Rätsel.

## Engagement gefragt

Unternehmer, die auf die Bilateralen angewiesen sind, stehen in der Pflicht. Eine Komiteemitgliedschaft alleine wird nicht genügen. Aktives Engagement in den verschiedenen anstehenden Entscheiden wird nötig sein, damit der bilaterale Weg nicht gefährdet wird. Angesprochene Unternehmer müssen proaktiv Mitarbeiter und Öffentlichkeit von der Bedeutung der Bilateralen zu überzeugen und so Unentschlossene sowie Skeptiker auf die Seite der Wirtschaft zu ziehen versuchen. Wir zählen auf Sie!

## FAZIT

Unsere heutige Gesellschaft ist globaler und mobiler geworden. Das gilt ebenso für die Wirtschaftswelt, sowohl den Arbeitsmarkt als auch den Handel. In der Schweiz und mitunter im Kanton Aargau sitzen diverse international höchst erfolgreiche Unternehmen. Doch auch unseren KMU und sogar unseren Bauern genügt der kleine Schweizer Binnenmarkt längst nicht mehr. Die Schweizer Wirtschaft lebt vom Handel, was die Entwicklung des Saldos der Handelsbilanz seit Anbruch dieses Jahrtausends klar untermauert. Insbesondere auch deshalb sagt unsere Wirtschaft lautstark NEIN zu allen Vorlagen, die den bilateralen Weg gefährden.